

Regierungsratsbeschluss

vom 11. Juli 2006

Nr. 2006/1411

SO+-Massnahme Nr. 28; Befristung von Erlassen im Leistungsbereich und wirkungsorientierte Ausgestaltung Einsetzung einer Arbeitsgruppe

1. Ausgangslage

Am 22. August 2000 verabschiedete der Regierungsrat Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat über das Projekt SO+ zur Reformierung der staatlichen Tätigkeit und zur Sanierung des kantonalen Finanzhaushalts verabschiedet. Der Kantonsrat behandelte diese Vorlage in der ausserordentlichen Session vom 26. / 27. September 2000. Nach der Behandlung im Kantonsrat verblieben 50 Massnahmen im SO+-Paket.

Die SO+-Massnahme Nr. 28 verlangt eine sukzessive Überprüfung und Anpassung der Erlasse im Leistungsbereich im Sinne einer Finalgesetzgebung und jeweilige Befristung auf wenige Jahre, in der Bearbeitung nach Prioritäten. Es handelt sich damit um ein verwaltungsweites Gesetzgebungsprojekt mit Verbindung zur wirkungsorientierten Verwaltungsführung (Finalgesetzgebung).

2. Einsetzung einer Arbeitsgruppe und Auftragserteilung

Für die Umsetzung der SO+-Massnahme Nr. 28 soll eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, welcher je zwei Vertreter jedes Departements und ein Vertreter der Staatskanzlei angehören.

Die Arbeitsgruppe soll in einer ersten Phase bis Ende Dezember 2006 dem Finanzdepartement zuhanden des Regierungsrats eine Liste der relevanten Erlasse im Leistungsbereich, geordnet nach Prioritäten 1 bis 4 (1 = höchste Priorität, 2 = mittlere Priorität, 3 = niedrige Priorität, 4 = kein Handlungsbedarf), vorlegen. Die Vergabe der Prioritätsstufen ist zu begründen. Weiter hat die Arbeitsgruppe dem Regierungsrat einen Vorschlag für das weitere Vorgehen zu unterbreiten.

Aufgrund der von der Arbeitsgruppe vorgelegten Liste der relevanten Erlasse und des Vorgehensvorschlags entscheidet der Regierungsrat über das weitere Vorgehen.

3. Beschluss

3.1 Für die Umsetzung der SO+-Massnahme Nr. 28, Befristung von Erlassen im Leistungsbereich und wirkungsorientierte Ausgestaltung, wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Der Arbeitsgruppe gehören von Amtes wegen folgende Mitglieder an:

- Dr. Patrik Stadler, Leiter Controllingdienste Regierungsrat (Leitung),

Finanzdepartement

- Yolanda Studer, Staatsschreiber-Stv., Staatskanzlei
- Alfons Lack, Departementssekretär, Bau- und Justizdepartement
- Bernardo Albisetti, Departementscontroller, Bau- und Justizdepartement
- Adriano Vella, Departementssekretär, Departement für Bildung und Kultur
- Dagmar Kudelka, Leiterin Controlling, Departement für Bildung und Kultur
- Heidi Pauli-Huldi, jur. Sekretärin, Finanzdepartement
- Urs Hammel, Departementscontroller, Finanzdepartement
- Colette Adam, Abteilungsleiterin Ausländerfragen, Amt für öffentliche Sicherheit, Departement des Innern
- Philipp Brugger, Departementscontroller, Departement des Innern
- Peter Studer, Departementssekretär, Volkswirtschaftsdepartement

- 3.2. Die Arbeitsgruppe wird beauftragt, bis Ende Dezember 2006 dem Finanzdepartement zuhanden des Regierungsrats eine Liste der relevanten Erlasse im Leistungsbereich, geordnet nach Prioritäten 1 bis 4 (1 = höchste Priorität, 2 = mittlere Priorität, 3 = niedrige Priorität, 4 = kein Handlungsbedarf), vorzulegen. Die Vergabe der Prioritätsstufen ist jeweils zu begründen. Gleichzeitig unterbreitet die Arbeitsgruppe einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen.
- 3.3. Über das weitere Vorgehen entscheidet der Regierungsrat nach Vorliegen der Arbeiten gemäss Ziffer 3.2.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Verteiler

Amt für Finanzen (2)
Departemente (je 2)
Staatskanzlei
Mitglieder der Arbeitsgruppe (11; Versand durch Amt für Finanzen)